

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Doetkotte,
sehr geehrte Bürger und Bürgerinnen,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr verehrte Mitglieder des Rates.

Immer wieder angemahnt hangelt sich die Stadt im Zustand fehlender Ressourcen von Haushaltsverabschiedung zu Haushaltsverabschiedung. Die Grenze zur Kommunalen Zwangsverwaltung wurde in der Haushaltsrede des Bürgermeisters schon thematisiert. Was bleibt ist die Hoffnung, dass diese Grenze nicht überschritten wird.

Die Strategie die Verluste zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren kann nicht weitergehen. Sozialistische Träumereien und kleinteilige Gedanken über die Ziegelsteinfarbe in Debatten, für ein Gebäude, welches dann doch nie gebaut wird, zeigen nur, dass eine Kommune als Konzern nicht unternehmerisch tätig sein sollte. Die Verluste der Gesellschaften zeigen es in ihren jeweiligen Zahlen. Politik sollte die Bürger vertreten und Möglichkeiten schaffen Bürgerwillen zu verwirklichen, geschaffene Rahmenbedingungen dem Bürgerwillen anpassen und den Schutz des Bürgerwillens gewährleisten.

Jeder Bürger muss ein Einkommen erwirtschaften können. Und wenn der Vollstreckungsaußendienst seit geraumer Zeit dem steigenden Mahnungsaufkommen nicht

mehr nachkommen kann und gleichzeitig das Durchschnittseinkommen des Bürger 7000€ unter den Nachbarkommunen liegt, dann ist man von einem Einkommen, um Teil des Wirtschaftskreislaufs zu sein, weit entfernt.

Die IW Consult Köln hat's in ihrem Kommunalranking niedergeschrieben und einen Handlungsstrang empfohlen. Die Gemeindeprüfungsanstalt es im Umkehrschluss als unterdurchschnittlich festgeschrieben. Es geht um die Beschäftigungsquote. Seit 9! Jahren führt diese Kommune die Rote Laterne in Bereich der Beschäftigtenquote im Kreis Borken an, legt aber ihren Fokus auf gewinnorientierte Investoren, für die nur Ihre Rendite zählt und keinen Sinn daran hat ein Familiäres Lebenswerk zu erschaffen. Stattdessen sich ein weiteres Ferienhaus im Süden gönnt.

Es bedeutet dauerhafte Belastungen für den jeweiligen Mieter, Pächter und Betreiber.

Für eine erfolgreiche Kommune sind Arbeitsplätze mit Inhabergeführten Betrieben wichtig. Hier ist die Motivation zur örtlichen Reinvestition zum Erhalt der Existenz eine andere als bei renditeorientierten Gesellschaftern. Zusätzlich trägt dies zum Umweltschutz bei, und zwar mehr als hüpfende Kinder am Rathaus. Arbeitsplätze auf Mindestlohnbasis oder das Ziel den größten Gewerbesteuerzahler unserer Stadt zu bekämpfen ist auch nicht zielführend. Vor allem nicht im Bereich der Sozialleistungen. Gronauer Unternehmer werden zu ihren Plänen und Sorgen, wenn, dann nur stark selektiv gehört und schwach ernst genommen. Der Schutz der Gewerbetreibenden, in ihrer legalen Ausführung ihres Gewerbes, nur gering priorisiert, z.B. aus Personalmangel. Dafür aber mit der sinnlosen

Neuerfindung der deutschen Sprache belohnt, die den Informationsfluss zur Teilhabe, deutlich erschwert. Subsidiarität sieht anders aus. Inklusion auch.

Die Politik muss unterstützen und nicht mit eigenen Gesellschaften und Einrichtungen selbst zum Konkurrenten werden und zusätzlich überregionale renditeorientierte Investoren hofieren, mit öffentlichen Geldern fördern und aufwendig bewerben. So können keine Arbeitsplätze als Grundstein für Kaufkraft entstehen, sondern ist ein Teufelskreis für den kommunalen Haushalt.

Das Thema „Bezahlbarer Wohnraum für alle“ nimmt weiter einen großen Raum ein.

Verstehen Sie mich nicht falsch, jeder Bürger muss in den Genuss von Wohnraum kommen.

Bezahlbar sollte er auch sein, nicht nur heute, auch in Zukunft.

Dafür benötigt man trotz jedem sozialistischen Gedankens ein Einkommen. Günstiger

Wohnraum kann nur über Eigentum und der Möglichkeit diesen zu vererben nachhaltig und

Ressourcenschonend gesichert werden. Wer kein Geld für Miete aufwenden muss, der hat

finanzielle Mittel für Maßnahmen zur Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz.

Umweltschutz ist eben immer eine Frage der finanziellen Mittel.

Zur Sicherung der Teilhabe und Lebensqualität gehört auch die Möglichkeit zur

Wahrnehmung eines Arbeitsplatzes. Das bedeutet ausreichend Kindergarten und

Betreuungsplätze bieten zu können. Die haben wir in Gronau bei weitem nicht zu bieten.

Das nicht erst seit heute!

Eine Vielzahl an Bürgern ist es durch die Absagen bei den Bewerbungen auf Betreuungsplätze nicht möglich ihre Arbeitsstelle wieder aufzunehmen oder verlässlich wahrzunehmen. Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist die vermeidbare Folge.

Die vorhandenen Betreuungsplätze müssen vorrangig für Berufstätige und Menschen mit Aussicht auf eine Arbeitsstelle vergeben werden.“

Auch die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen muss deutlich besser durch eine umfangreiche föderalistische Schulausbildung gesichert werden. Dazu bedarf es einen Ort mit ausreichend Platz in guter Atmosphäre und einen sicheren Schulweg.

Containerlösungen und schlechte Schulwege tragen hierzu nicht bei. Die unmöglichste Begründung gegen die Schulwegsicherung, die zur sorgenfreien Bildung gehört, war: „Wenn wir die Straße sanieren, dann muss der Bürger die Straßenbaubeteiligung zahlen.“

„Wenn es um Bildung & Sicherheit geht, dann muss auf Straßenbaubeiträge verzichtet werden!“

Ausreichende Freizeitangebote für eine Kommune mit begrenzten Mitteln ist ein schwieriges Unterfangen.

Deshalb muss ein Verein auf die Zukunft bauen können, als Ort zur Förderung ehrenamtlicher Fortbildung erhalten bleiben. Diese bieten den Bürgern eine sinnvolle Beschäftigung und steuern erhebliches zur Allgemeinheit bei. Deshalb muss hier ohne Einschränkungen Zukunftssicherheit gewährleistet werden, damit sie beim Eingriff durch die Politik nicht sorgenvoll in Anbetracht ihres Werkes im ungewissen Hängen gelassen werden. Es sei denn Sie wollen die ehrenamtliche Arbeit mit teurem Personal ausgleichen.

„Deshalb müssen wir gutes wie die Vereine ohne Einschränkungen erhalten!“

Diesen Monat jährt sich zum zehnten Mal der sozial-ökologische Traum „Die große Transformation“!

Hat es die Stadt in der Lebensqualität vorangebracht? Wie man jetzt erkannt hat, war diese nicht einmal im Bereich der energiepolitischen Ziele prägend, im Gegensatz zur Spaltung der Gesellschaft. Dabei sollte eine umfassende nachhaltige Politik bis heute, also exakt 10 Jahre nach der Veröffentlichung, umgesetzt werden.

„Gewinner waren nur einzelne, Verlierer wieder die Allgemeinheit.“

Die Auswüchse sind nicht die schönsten, wenn man unsere neuen Windräder, aus Kilometern entfernt, über Gronau und Epe herausragen sieht oder einen Blick über das Lasterfeld wagt und statt Natur nur noch eine Spargellandschaft wahrnimmt.

Durch die Industrialisierung der Natur ist eine Flucht in diese immer unattraktiver. So hoffe ich, dass unsere zukünftige Innenstadt in einem Ort zum Verweilen verwandelt wird. Die Präsentation und die ersten Realisierungsmaßnahmen lassen schönes erblicken, auch wenn mir, wie bei vielen städtischen Grünflächen, viel zu wenig Fokus auf regionale und blühende Bepflanzung gelegt wurde. Die Hoffnung, dass hier im Ganzen gedacht wurde, ist noch nicht getrübt und lässt hoffen.

Mit einem Merkel'schen „Weiter so“ in die zehnte Runde mit der Roten Laterne zu gehen, lässt den Traum von einer Einkaufsstadt ein Traum bleiben, denn mit

überdurchschnittlichen Sozialleistungen lässt sich keine nennenswerte Kaufkraft erzielen, damit Ladenlokale unterhalten werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bekommen Sie die Transferauszahlungen in den Griff, dann gibt es auch eine Zustimmung für diesen Haushalt.

Vielen Dank.